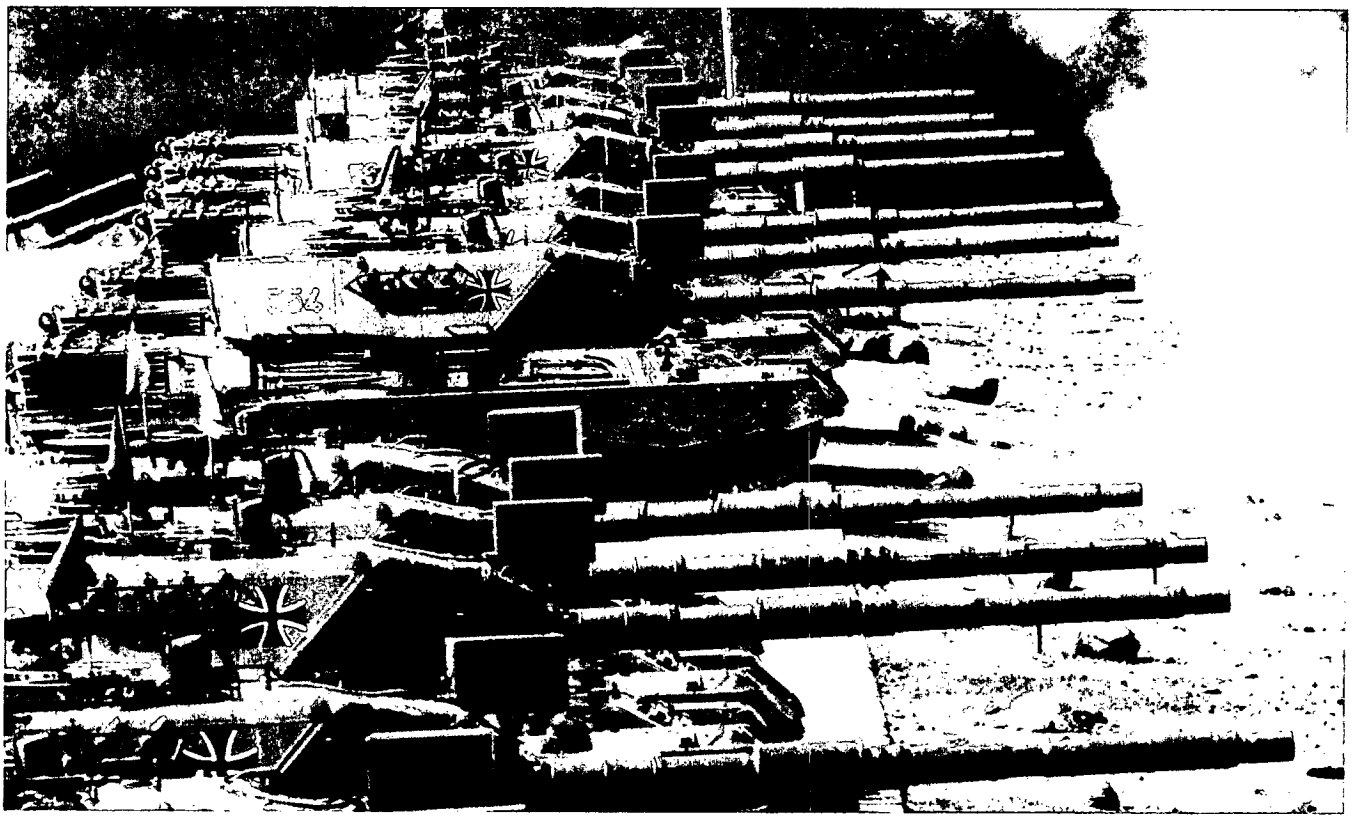
„Keine Kontrolle mehr"

Verteidigungsminister Stoltenberg wird zum Sicherheitsrisiko. Entgegen einem Bundestagsvotum hat sein Ministerium 19 Leopard-1-Panzer an die Türkei geliefert. Eine unbezahlte Rechnung ließ den Handel auffliegen. Der Minister wußte nichts, sein Staatssekretär Hennig tat nichts, um den Parlamentsbeschluß durchzusetzen.



Leopard-1-Panzer der Bundeswehr: „Für baldige Lösung der Probleme im Südosten des Landes"

Die Mitteilung, daß der Bundesminister der Verteidigung den Deutschen Bundestag hintergangen hatte, verbarg sich im Brief eines Staatssekretärs an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Rudi Walther (SPD).

Hinter dem Aktenzeichen II D1-We 1503-18/92 und dem Kürzel „VS-NfD" (Verschlußsache – Nur für den Dienstgebrauch) und unter dem Datum des 16. März hatte Finanzstaatssekretär Manfred Carstens zwischen vier anderen Sätzen die Mitteilung plaziert, die Gerhard Stoltenberg das Amt und seinen Staatssekretär Ottfried Hennig die Glaubwürdigkeit kosten kann:

> Der Bundesminister der Verteidigung hat mitgeteilt, daß die im Rahmen der Rüstungssonderhilfe umgerüsteten Panzer bereits an die Türkei ausgeliefert sind.

Genau das hatte das Parlament, zu dessen demokratietragenden Rechten die Etat-Bewilligung gehört, untersagt.

Am 30. Oktober letzten Jahres hatten die Abgeordneten des Haushaltsausschusses über die türkischen Angriffe auf kurdische Zivilisten diskutiert. Sie fanden, wie sie meinten, einen Hebel, um den Nato-Partner in Kleinasien zu friedlicherem Umgang mit den Kurden zu bewegen.

Aus einem zwischen Bonn und Ankara am 20. Dezember 1988 geschlossenen Vertrag über die Lieferung von 150 bei der Bundeswehr ausgemusterten Leopard-1-Panzern war die letzte Rate, 19 Leos, im letzten Herbst noch nicht geliefert, Umbau- und Transportkosten von 25 Millionen Mark waren an die beauftragte Firma Krauss-Maffei noch nicht überwiesen.

Eine Woche später, am 7. November, handelte der Ausschuß. Auf Wunsch von Parlamentariern aus Koalition und Opposition wurden die Millionen gesperrt. In der Diskussion tat sich besonders die FDP-Abgeordnete Ina Albowitz hervor. Laut Sitzungsprotokoll bat sie das Wehrressort,

> diejenigen Industrieunternehmen, die mit der Umrüstung der für die Türkei bestimmten militärischen Güter betraut seien, darüber zu unterrichten, daß vorerst die Auszahlung der hierfür vorgesehenen Beträge und die Auslieferung der entsprechenden militärischen Güter an die Türkei nicht er-

Verteidigungsminister Stoltenberg
„Keine politische Verantwortung"

folgen dürfe. Im übrigen werde die Bundesregierung gegenüber der Türkei darzulegen haben, daß der Einsatz des türkischen Militärs gegen die Zivilbevölkerung illegitim sei.

Stoltenbergs Staatssekretär Hennig hörte zu; er versicherte, er verstehe die Sperre in diesem Sinne, und versprach, der Parlamentsbeschluß werde „in keiner Weise unterlaufen". Das Versprechen hielt nur ein paar Tage.

Mitte November präsentierte sich die Bundeswehr mit altem und sogar neuestem Gerät auf einer Verkaufsshow in Ankara. Wolfgang Ruppelt, Abteilungsleiter Rüstung der Hardthöhe, erläuterte den Türken die fabelhafte Wirkung der Waffen.

Dann kamen die Panzer, 19 an der Zahl. Die letzten beiden trafen im Februar in der Krisenregion ein.

Mitte März mußte Stoltenberg die Rechnung bezahlen. Er alarmierte das Finanzministerium, „um zusätzliche Ausgaben wegen Zahlungsverzugs zu vermeiden".

Erst als am Freitag an die Öffentlichkeit sickerte, wie Stoltenbergs Ministerium außerhalb der Legalität Waffen verschiebt, brach bei den Spitzenbeamten der Regierung der Erklärungsnotstand aus.

Regierungssprecher Dieter Vogel stufte den Export, wieder einmal, zu einer „Panne" herab, es habe ein paar „Versäumnisse im Beamtenapparat" gegeben. Und Stoltenberg, so streuten seine Helfer, habe den ganzen Vorgang nicht gekannt.

Das Muster ist vertraut: In Bonns Verteidigungsressort weiß der Minister offenbar aus Prinzip nichts – allein schon, um nicht Verantwortung übernehmen zu müssen.

Genauso war es im letzten Herbst, als der heimliche Export von Spezialpanzern der ehemaligen NVA nach Israel ruchbar geworden war: Schuld war nicht der politisch Verantwortliche, sondern ein unbedeutender Beamter.

Genauso war es bei anderen illegalen Lieferungen von Material aus dem ererbten Bestand der Nationalen Volksarmee. Nie wollten politisch Verantwortliche mit dem Handel zu tun gehabt haben. Stoltenbergs Parlamentarischer Staatssekretär Willy Wimmer klagte damals über „mangelndes Rechtsbewußtsein" bei Offizieren und Beamten. Sein vernichtendes Urteil: „Wir haben keine Kontrolle mehr."

So ist es. Auf der Hardthöhe übt Stoltenberg alles andere als das Primat der Politik aus. Seine Militärs denken über Einsätze der Bundeswehr außerhalb des Nato-Gebiets nach, als sei das Grundgesetz schon geändert.

Seine Beamten kümmern sich weniger um die Probleme der eigenen Truppe als darum, weltweit den Wehrwillen zu mehren: Aus dem Erbe der DDR-Armee können sie 2400 Kampfpanzer, 4509 Kampfflugzeuge, 70 Schiffe, 51 000 Armeefahrzeuge verteilen.

Der Türkei gilt die besondere Zuwendung: Seit 1964 wurden Waffen im

Stoltenberg-Staatssekretär Hennig: „Mir gehört der Schwarze Peter nicht"

Wert von 5,5 Milliarden Mark exportiert, allein im Golfkrieg Rüstungsgüter für 1,5 Milliarden.

Jetzt flüchten alle in Bonn in Ausreden.

Staatssekretär Hennig, derzeit im Wahlkampf in Schleswig-Holstein CDU-Herausforderer des SPD-Ministerpräsidenten Björn Engholm, ist sich keiner Schuld bewußt: „Mir gehört dieser Schwarze Peter nicht." Er verteidigt sich, seine Beamten – der Spitzenbeamte Ruppelt war in der Ausschußsitzung anwesend – hätten den Parlamentsbeschluß gegen seine Weisung nicht an Industrie und Exporteure weitergegeben.

Hennigs Juristen haben eine andere Version: Formal habe der Ausschuß nicht über Ina Albowitz' Junktim oder die Lieferung der letzten Leo-Panzer abgestimmt, sondern, ohne jede inhaltliche Bedingung, nur beschlossen, daß „die Leistung der Ausgaben in Höhe von 25 000 TDM der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bedarf".

Daß es jetzt um Stoltenbergs Kopf geht, merkte der Minister spät. Am Donnerstag ließ er den Regierungssprecher mitteilen, die angeblich längst vereinbarte Lieferung von 45 Phantom-Aufklärungsflugzeugen der Luftwaffe dauere noch „sehr lange". Am Freitag nachmittag, um 17.15 Uhr MEZ, ließ er das deutsche Schiff „Ines" auf hoher See südlich Siziliens stoppen und zurückrufen; es hatte militärische Ersatzteile und Unimogs für die Türkei an Bord.

In der Woche zuvor hatte er sich noch, um den Rüstungsdeal zu rechtfertigen, ungemein freundlich über den Nato-Partner geäußert, um die für den Panzerexport nötigen Millionen zu erhalten:

> Die türkische Regierung unter Ministerpräsident Demirel hat in ihrem Programm ausdrücklich Priorität gegeben für die Verwirklichung der Menschenrechte und der Demokratie sowie die baldige Lösung der im Südosten des Landes bestehenden Probleme. Sie hat diese Absicht ... bereits mit Taten untermauert.

Die Taten: 400 Tote bei dem von türkischen Sicherheitskräften angezettelten Bombardement (siehe Seite 170).

Am Freitagabend nahm Stoltenberg nicht etwa seine Einschätzung der Menschenrechtspolitik in der Türkei zurück. Vielmehr definierte er seine Rolle, seine Amtsauffassung und seine Pflicht zur Kontrolle des Apparats neu: „Die politische Verantwortung kann nicht bedeuten, daß – wenn die Leitung klare Weisungen gegeben hat – die Realisierung in jedem Fall von der Spitze und nicht von den zuständigen leitenden Beamten kontrolliert wird."

Entweder braucht Stoltenberg ein neues Ministerium. Oder das Ministerium einen neuen Chef.

Abgeordnete

Schwarzer Container

Parlamentarier in ostdeutschen Landtagen irritieren die Parteiprofis aus dem Westen: Vor allem Christdemokraten scheren sich wenig um die Fraktionsdisziplin.

Peter-Michael Diestel brachte wieder mal fast alle gegen sich auf. Tagelang forderten Parteifreunde des brandenburgischen CDU-Fraktionsvorsitzenden seinen Rücktritt.

Das Startzeichen zur Demontage hatte der Generalsekretär der Bundes-CDU, Volker Rühe, gegeben. Der Westler bescheinigte dem letzten DDR-Innenminister „ein völliges Unverständnis für die Tätigkeit und Funktionsweise der ehemaligen Staatssicherheit".

CDU-Politiker Diestel: „Der letzte Mohikaner"

Dem CSU-Generalsekretär Erwin Huber kam die Galle hoch: Ein CDU-Politiker, der Inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Stasi „zu Friedensaposteln aufwertet und Bürgerrechtler zu Unruhestiftern abstempelt", sei „untragbar". Die sächsische CDU möchte Diestel am liebsten gleich aus der Partei schmeißen.

Diestel, 40, hatte, zum wiederholten Mal, zu „differenzierter Betrachtung" der Stasi-Zuträger gemahnt: „IM ist nicht gleich IM", konstatierte er in der Berliner Tageszeitung *BZ*, und mancher sei „natürlich auch ein Garant für den inneren Frieden" gewesen. Das war schon starker Tobak.

Vergebens versuchte der brandenburgische CDU-Landeschef Ulf Fink, ein West-Import, am Donnerstag voriger Woche, den Umstrittenen zum Verzicht auf den Fraktionsvorsitz zu bewegen. Nach stundenlanger Diskussion blieb Diestel stur: „Ich bin im Amt, und ich bleibe im Amt. Selbstverständlich."

Denn Diestel sieht sich in einer besonderen Mission. Er habe „jetzt manchmal das traurige Gefühl, der letzte Mohikaner zu sein". Von den Ostdeutschen, die mit Bundeskanzler Helmut Kohl damals „die Allianz für Deutschland schmiedeten", so Diestel, sei außer ihm „praktisch keiner mehr übrig".

Daraus leitet Diestel Narrenfreiheit ab. So verbreitet er zum Beispiel Horrorzahlen, wie viele Spitzel die evangelische Kirche in der DDR durchsetzt hätten. Öffentlich aber beklagt er „diese erbarmungslose Hexenjagd auf ehemalige Mitarbeiter der Stasi".

In der Illustrierten *Quick* prahlte Diestel vergangene Woche: „Ich weiß viel, aber ich sage nichts. Ich behalte es für mich und nehme es eines Tages mit in den schwarzen Container."

Solche Sprüche weisen Diestel als Ossi vom alten Schlag aus. Schon zu DDR-Zeiten, kritisiert seine Landsmännin, die CDU-Vizin Angela Merkel, hätten „vermeintliches Wissen und Halbwahrheiten viele Menschen in Bedrängnis gebracht, weil ein Informationsmonopol zur eigenen Machterhaltung eingesetzt wurde".

Mit seinem Schlingerkurs zwischen versöhnlerischer Vergangenheitsbewältigung und trotziger Eigenbrötelei ist Diestel der Prototyp einer in den ostdeutschen Landtagen, vor allem bei der CDU, weitverbreiteten Spezies.

Nachdem sie jahrzehntelang gegängelt worden waren, fällt es den Ost-Parlamentariern sichtlich schwer, sich als Teil eines neuen Kollektivs zu verstehen. Partei-Loyalität und Fraktionsdisziplin sind vielen fremd.

Dickschädel und Quertreiber beleben das dröge politische Tagesgeschäft. Wo sie, außer in Brandenburg, zur Regierungsfraktion gehören, erweisen sie sich als ständige Störpotentiale.

Offenbar kompensieren sie damit auch ihren Frust. Die neuen Bundesländer stehen zwar vor gigantischen Sanierungsarbeiten, aber um das Geld müssen sie in Bonn betteln, und die